

**HESSISCHER LANDTAG**

03. 12. 2015

HHA

**Änderungsantrag
der Fraktionen der CDU und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die
Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016) in der Fassung der
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 19/2662 zu Drucksache 19/2307**

Inhalt des Antrags: **Programme zur Erstausbildung**

Einzelplan **07** **Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 07 10 Allgemeine Bewilligungen Berufliche Bildung
Buchungskreis: 2695

Förderproduktnummer 49
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Programme zur Erstausbildung

	von	Veränderung um	auf
Beträge in 1.000 EUR			
Gesamtkosten	8.932,5	+1.600,0	10.532,5
Produktabgeltung	8.932,5	+1.600,0	10.532,5

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Ergänzung des Haushaltsvermerkes 3.2 e):

„oder

- die einer erhöhten Sprachförderung bedürfen (z.B. Flüchtlinge)“

Änderung der Mengen- und Qualitätskennzahl 6.2.1

Menge von 500 ändern auf **900**

Kameraler Haushalt:

Beträge in EUR

Titel	Zweckbestimmung	von	um	auf
683	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	3.971.900	+1.200.000	5.171.900

Kameraler Haushaltsabschluss:

Beträge in EUR

Hauptgruppe	von	um	auf
HG 6	22.663.300	+1.200.000	23.863.300
Kameraler Zuschuss/Überschuss	-15.802.100	-1.200.000	-17.002.100

Verpflichtungsermächtigungen:**Beträge in EUR**

Verpflichtungsermächtigungen (Titel 683)	von	um	auf
Verpflichtungsermächtigungen 2017	1.500.000	+400.000	1.900.000
Verpflichtungsermächtigungen 2018	500.000	0	500.000
Gesamtverpflichtung	2.000.000	+400.000	2.400.000

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Für die Umsetzung des Aktionsplans zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts werden die erforderlichen Mittel bereitgestellt.

Zur Förderung von Betrieben, die Jugendliche mit erhöhtem Sprachförderbedarf ausbilden, wie dies z.B. bei Flüchtlingen der Fall ist, werden zusätzliche Mittel bereitgestellt.

Insgesamt soll für die Aufstockung der Ausbildungsplatzprogramme ein zusätzliches Programmvolumen von 11 Mio. € bereitgestellt werden.

Wiesbaden, 03.12.2015

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende

Michael Boddenberg

Mathias Wagner (Taunus)